



Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Bildung: Prognosen, Strukturen, Reaktionen

HINTERGRUNDPAPIER ZU DER KONFERENZ DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG AM 22.09.2015: „DIE SCHULE DER ZUKUNFT – AUSWIRKUNGEN DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS AUF DIE BILDUNG“

Sinkende Schüler_innenzahlen in ländlichen Gebieten, eine steigende Diversität in den Klassenräumen der Ballungsgebiete: Der demografische Wandel umfasst viele Facetten. Prof. Weishaupt zeigt, dass die Bedro-

hung von Schulstandorten in ländlichen Regionen nur eine Seite der Medaille ist. Die größere Herausforderung für das Schulwesen ergibt sich aus dem Ersatz- und Zusatzbedarf an qualifizierten Arbeitskräften.

Der demografische Wandel führt in den kommenden Jahren zu weitreichenden Veränderungen der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland: die Bevölkerung wird in den kommenden Jahrzehnten weiter stark altern und insgesamt schrumpfen. Deutschland ist damit Vorreiter einer Entwicklung, die bald auch andere Gesellschaften in Europa und Ostasien erreichen wird. Dieser Prozess lässt sich durch Zuwanderung nur noch abmildern aber nicht mehr aufhalten. Unser auf Wachstum programmiertes Verständnis von Entwicklung wird dadurch grundlegend in Frage gestellt. Weitreichende ökonomische und soziale Prozesse werden dadurch beeinflusst, deren unbeabsichtigte Nebenfolgen sich heute noch nicht wirklich erfassen lassen, weil weltweit dazu keine Erfahrungen vorliegen.

Bezogen auf das Bildungssystem geriet aber zunehmend in den letzten Jahren in den Blick (s. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010), dass es neben den unmittelbaren Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Bedarf an Bildungseinrichtungen, das Personal in Bildungseinrichtungen und den Finanzbedarf des Bildungssystems, auch indirekte Auswirkungen auf das Bildungssystem gibt, die sich vor allem auf das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften bezie-

hen. Daraus ergeben sich Anforderungen, die bisher wenig im Blick der Öffentlichkeit sind.

Die Bevölkerungspyramide Deutschlands verdeutlicht das Problem (s. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, S. 15). In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg gab es in Deutschland einen starken Geburtenanstieg bis Mitte der 1960er Jahre. Danach folgte ein starker Geburtenrückgang, der sich mit Unterbrechungen bis heute fortsetzt. Die geburtenstarken Geburtsjahrgänge 1950-1965 scheiden in den kommenden 20 Jahren aus dem Arbeitsleben aus und werden durch deutlich weniger einwohnerstarke Geburtsjahrgänge ersetzt ([siehe nächste Seite: Abb. 1](#)).

Auch eine dauerhaft hohe Zuwanderung kann deshalb den Rückgang der Personen im Erwerbsalter in Deutschland über einen sehr langen Zeitraum nicht mehr aufhalten (s. Statistisches Bundesamt 2015, S. 22): Die 20-Jährigen 2034 sind heute bereits geboren. Dadurch ergibt sich die Notwendigkeit einer deutlichen Erhöhung des Anteils besser qualifizierter Absolventen des Bildungssystems allein um den Ersatz der bisher Beschäftigten auf gleichem Qualifikationsniveau sicher zu

stellen. Die bildungspolitischen Versäumnisse bis in die Gegenwart bei der Vermeidung von Bildungsbenachteiligungen werden sich in den kommenden Jahrzehnten möglicherweise auch auf den Arbeitsmarkt negativ auswirken, denn in den Altersjahrgängen unter 20 Jahren befinden sich bundesweit ein Drittel mit Migrationshintergrund, von denen nach wie vor nur wenige eine Hochschulzugangsberechtigung erhalten und mehr als ein Drittel im Alter von 30-34 Jahren keinen Berufsqualifikationsabschluss besitzen (im Vergleich zu etwa 10 % bei den Deutschen, s. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, S. 235).

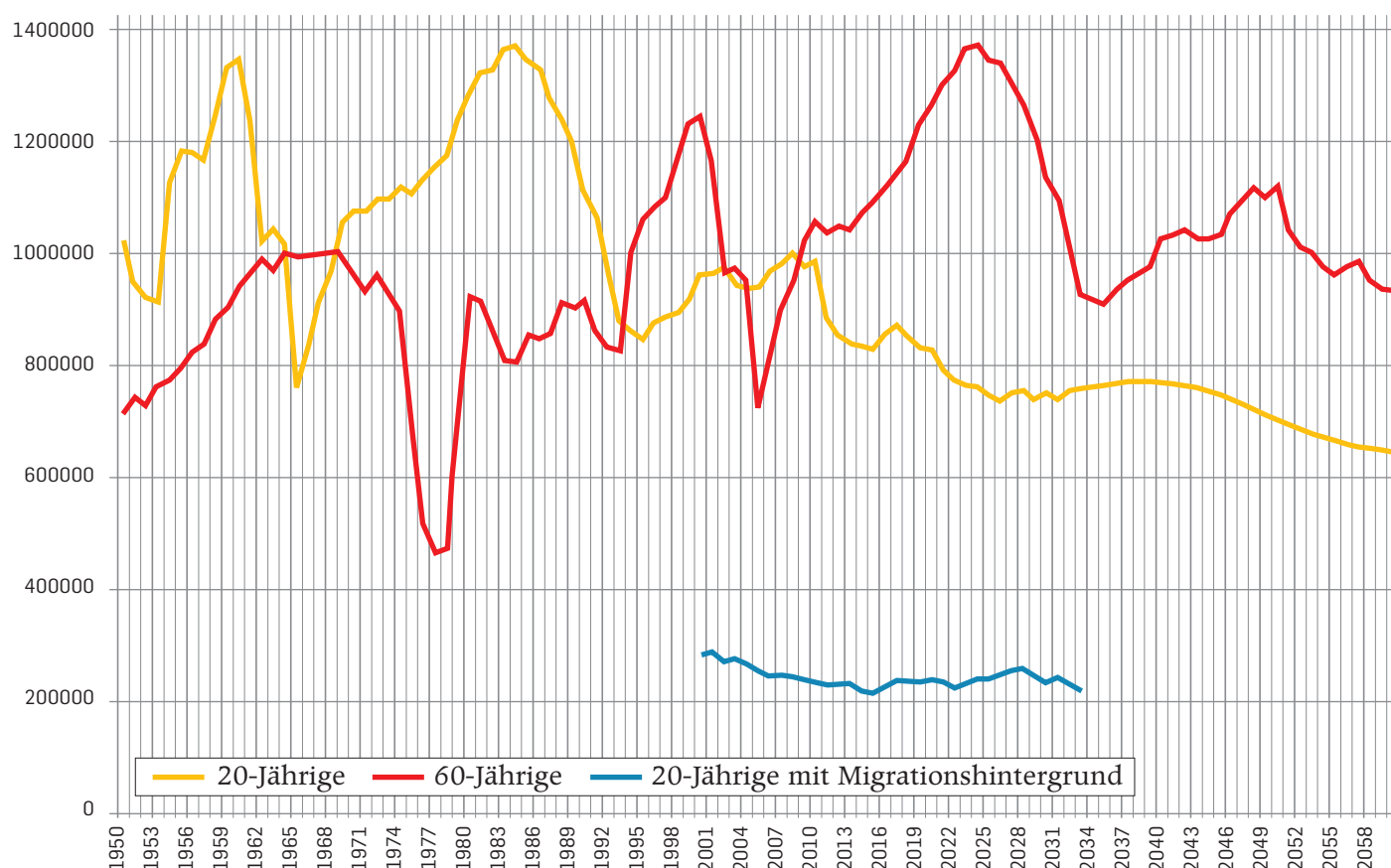
Auf die drei angesprochenen Aspekte des demografischen Wandels wird im Folgenden kurz eingegangen: quantitative Veränderungen des Bedarfs an Schulen, qualitative Herausforderungen durch den steigenden Qualifikationsbedarf des Arbeitsmarkts bei einem verringerten Neuangebot an Arbeitskräften und eine zunehmende Interkulturalität der Schülerschaft, die für künftige berufliche Aufgaben qualifiziert werden muss.

1. SCHÜLERZAHLENRÜCKGANG UND SCHULSTANDORTSICHERUNG

Das Anliegen der Sicherung von Schulstandorten betrifft, nachdem in den neuen Bundesländern die erste gravierende Schrumpfungswelle bei den Schülerzahlen abgeschlossen ist, im kommenden Jahrzehnt vornehmlich die westdeutschen Flächenländer. Dort ist – ausgehend von den Schülervorausberechnungen der Kultusministerkonferenz – voraussichtlich mit einem Rückgang von etwa 20% der Schülerzahlen von 2011 in der Sekundarstufe zu rechnen (Sekretariat der KMK 2014).

Innerhalb der Flächenländer wird die Entwicklung aber ebenfalls höchst unterschiedlich verlaufen (http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/raumbeobachtungde_node.html). Neben ländlichen Regionen müssen insbesondere die altindustrialisierten Räume Saarland und Ruhrgebiet mit einem besonders hohen Schülerzahlenrückgang rechnen, wäh-

ABBILDUNG 1: Vergleich der Jahrgänge der 20- und der 60-Jährigen 1950-2060 in Deutschland (ab 2014 13. Bev. Vorausschätzung, Variante 2²)



Quelle: eigene Berechnung und Zusammenstellung

rend einige Dienstleistungszentren durch das dortige Bevölkerungswachstum einen deutlichen Anstieg der Schülerzahlen erwarten.

Im Rahmen des MORO-Programms des Bundesbauministeriums (BMUB) werden gegenwärtig zahlreiche Vorschläge erarbeitet und Ideen erprobt, die Bildungsinfrastruktur in ländlichen Regionen zu sichern. Die Handlungsansätze beziehen sich vornehmlich auf die allgemeinbildenden Schulen, obwohl die beruflichen Schulen in peripheren Regionen besonders gefährdet sind. Doch verbessert sich durch die demografisch bedingte Verringerung der Zahl der Schulabsolventen in ländlichen Regionen in Zukunft die Chance, dort eine Beschäftigung zu finden. Dies bedeutet, dass den beruflichen Schulen und ihren Ausbildungsprogrammen in strukturschwachen ländlichen Regionen eine erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und darauf zu achten ist, dass sie diesen Regionen als „Innovationsagenturen“ erhalten bleiben (Weishaupt 2014).

Dazu gehören die Sicherung von Fachklassen für die regional angebotenen Ausbildungsberufe, ein an die regionale Wirtschaftssituation angepasstes Angebot an beruflichen Vollzeitschulen und der Erhalt beruflicher Gymnasien mit ihren außerhalb der Ballungszonen eher benötigten fachlichen Schwerpunkten (Technik und Naturwissenschaften, Wirtschaft, Umwelt, Gestaltung, Sozialwesen und Sozialpädagogik, Gesundheit). Als flächendeckendes Netz von Einrichtungen beruflicher Fort- und Weiterbildung sollten berufliche Schulen verstärkt in die Qualifizierung von Erwerbspersonen einbezogen werden („zweite Chance“, Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, berufsbegleitende Nachqualifizierungen).

2. QUALIFIKATIONSBEDARF UND -ANGEBOT

Um die Folgen des demografischen Wandels für den Arbeitsmarkt in den kommenden Jahrzehnten zu verdeutlichen werden in Abbildung 1 die Jahrgänge der 20-Jährigen (als Zeitpunkt, zu dem gegenwärtig etwa die Hälfte des Jahrgangs bereits berufstätig ist) mit den 60-Jährigen verglichen (weil sie gegenwärtig nur noch zur Hälfte erwerbstätig sind). In zehn Jahren (2025) werden beispielsweise danach die in den Arbeitsmarkt eintretenden Geburtsjahrgänge nur zwei Drittel der Einwohner der Jahrgänge umfassen, die aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Unter ihnen wird ein Drittel auf der Basis der Fortschreibung der Situation 2013 einen Migrationshintergrund aufweisen; der bei Berücksichtigung von Zuwanderung noch deutlich ansteigt. Hin-

zu kommt der Strukturwandel am Arbeitsmarkt, durch den Deutschland nicht nur den Ersatz von Hochqualifizierten, sondern mehr Hochqualifizierte als gegenwärtig benötigt. Das wird aus den neuesten Arbeitsmarktp prognosen sowohl des Bundesarbeitsministeriums als auch des Bundesinstituts für Berufsbildung zusammen mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung deutlich (BMAS 2013; Maier u.a. 2014).

Zwar erreicht inzwischen mehr als die Hälfte eines Altersjahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung, aber nur etwas über 70% der Berechtigten nehmen ein Studium auf (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, S. 294). Dann schließen nur etwa zwei Drittel bis drei Viertel der Studierenden das Studium ab (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, S. 301). Dies führt dazu, dass der Anteil der Hochschulabsolventen unter der 30-34jährigen Bevölkerung in Deutschland 2014 mit 24% nur gut halb so hoch ist wie der Anteil der gleichaltrigen Bevölkerung mit einer Studienberechtigung (46%).

Die als „Bildungsexpansion“ bezeichnete Ausweitung der Bildungsbeteiligung und der Bildungsabschlüsse wirkte sich in den letzten Jahrzehnten fast nur bei den Frauen auch auf die Hochschulabschlussquote aus, die sich bei den Männern kaum verändert hat. Deshalb gibt es berechtigte Forderungen nach einer weiteren Ausweitung der Hochschulzugangsberechtigungen und verbesserter Studienbedingungen, um mehr Studierende zu einem Hochschulabschluss zu führen. Die Debatte um eine „Überakademisierung“ ignoriert völlig die gesellschaftlichen Realitäten: Wenn nur die Veränderungen am Arbeitsmarkt durch die demografische Entwicklung beachtet werden, dann verringert sich bis 2034 die Zahl der Erwerbstätigen um fast 5 Millionen und unter ihnen die Zahl der Akademiker um eine Million (siehe nächste Seite: Abb. 2).

Eine Ausweitung der Studierendenquote als Grundlage einer Erhöhung der Hochschulabsolventenquote in Deutschland ist aber nicht einfach zu erreichen. Zu berücksichtigen ist, dass das berufliche Ausbildungswesen in Deutschland insbesondere für Kinder aus Familien von Nichtakademikern eine attraktive Option an Stelle eines Studiums darstellt. Ein Viertel der Abiturientinnen und Abiturienten wählen eine duale Berufsausbildung oder berufliche Vollzeitschulen zur Weiterqualifizierung. Vor allem bietet eine duale Berufsausbildung (einschließlich eines dualen Studiums) eine vergütete berufliche Weiterqualifizierung, die den eigenen Lebensunterhalt sichert, während bei vielen Studiengängen nicht klar abschätzbar ist, ob die Investition in ein Studium sich später auszahlt. Die gegen-

wärtige Entwicklung des dualen Ausbildungssystems leidet jedenfalls bisher nicht unter einer fehlenden Nachfrage nach qualifizierten Ausbildungsplätzen, sondern es gibt in fast sämtlichen Ausbildungsberufen einen Nachfrageüberhang (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, S. 102).

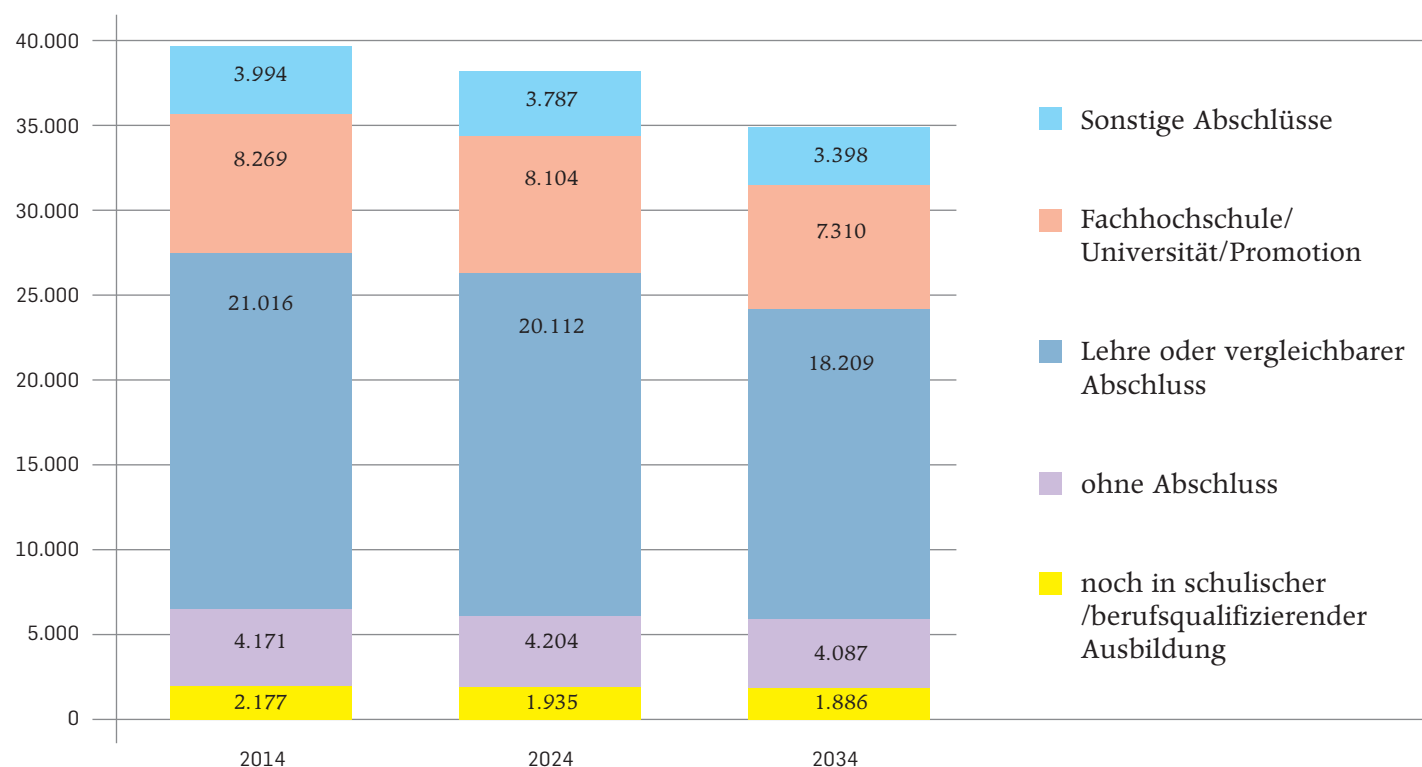
Um den gesellschaftlichen Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften zu decken besteht jedenfalls in Deutschland unter den Abiturientinnen und Abiturienten, die kein grundständiges Vollzeitstudium begonnen oder dieses Studium abgebrochen haben, ein großes Reservoir, dem über berufsbegleitende Studienmöglichkeiten eine weitere Erhöhung der Qualifikation eröffnet werden könnte. Dazu müsste aber das Angebot an berufsbegleitenden Studienmöglichkeiten an den Hochschulen in Deutschland deutlich ausgeweitet werden.

Inzwischen richten sich die politischen Maßnahmen zur Sicherung der gesellschaftlich benötigten Arbeitskräfte in Deutschland auf alle arbeitsmarktpolitischen Ansatzpunkte zur Ausweitung des Arbeitskräftepotentials:

- eine Erhöhung der Erwerbsquote,
- eine Verlängerung der Erwerbsdauer,
- eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote,
- eine Erhöhung der Erwerbsquote von Migranten,
- eine Reduzierung des Anteils Teilzeitbeschäftigter (vor allem bei den Frauen).

Dabei ist es wichtig zu betonen, dass sämtliche dieser Ansatzpunkte der Arbeitsmarktpolitik bildungsabhängig sind: Mit steigender Bildung erhöht sich die Erwerbsquote, die Erwerbsdauer, die Frauenerwerbsquote, die Erwerbsquote von Migranten und der Anteil Vollzeitbeschäftigter. Insofern sind Bildungsmaßnahmen zur Anhebung des allgemeinen Qualifikationsniveaus der Bevölkerung eine wichtige Voraussetzung, damit die arbeitsmarktpolitischen Ziele erreicht werden können. Dazu gehören auch verbesserte Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung für ältere Erwerbstätige, um ihnen eine längere Beschäftigung zu ermöglichen, ohne den Anschluss an die Entwicklung der Anforderungen in ihrem Berufsfeld zu verlieren (Maier u. a. 2014, S. 6). Für die Beschäftigung von

ABBILDUNG 2: Entwicklung der Erwerbstätigen 2014 bis 2034 nach Qualifikationsniveau bei konstanten altersspezifischen Erwerbsquoten von 2014 (Erwerbstätige mit und ohne Migrationsstatus) (Mikrozensus 2014 und 13. Bevölkerungsfortschreibung, 2. Variante)



Quelle: eigene Berechnung

Frauen sind an die Bedingungen einer Berufstätigkeit angepasste Betreuungsangebote für Kinder im Elementar- und Schulbereich sehr wichtig.

In den Projektionen des Arbeitskräftebedarfs im Vergleich zum Arbeitskräfteangebot wird eine sich fortsetzende Entspannung am Arbeitsmarkt erwartet. Nach bundesweiten Berechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung ist bis 2030 mit einer nahezu ausgeglichenen Arbeitsmarktbilanz zu rechnen. Mit der zunehmenden Entspannung am Arbeitsmarkt wird aber zugleich ein dauerhaftes Überangebot von ca. 1,2 Millionen Personen ohne Berufsbildungsabschluss in Deutschland sichtbar (Maier u. a. 2014, S. 5). Wenn es nicht gelingt, aus der Gruppe ohne abgeschlossene Berufsausbildung in den nächsten Jahren einen erheblichen Anteil nachträglich beruflich zu qualifizieren, dann wird es künftig in einer Situation mit erheblichem Fachkräftemangel weiterhin eine größere Zahl von Arbeitslosen in Deutschland geben, die wegen fehlender beruflicher Qualifikation nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Hier sind unterschiedliche Formen einer nachholenden Qualifizierung für Personen mit eher niedrigem Bildungsstand und/oder Migrationshintergrund als eine wichtige Voraussetzung für deren gesellschaftliche Integration notwendig.¹ In der Arbeitsmarktprognose des BMAS wird dies deutlich zum Ausdruck gebracht: „Das Augenmerk der Bildungsbemühungen wird sich auf das untere Ende des Qualifikationsspektrums richten müssen. Dort muss es zu verstärkten Anstrengungen bei der Integration ausbildungsferner Jugendlicher kommen, aber auch zum Ausbau der beruflichen Weiterbildung. Dies sind die Voraussetzungen, damit die Wirtschaft ihren Qualifikationsbedarf überhaupt in wirksame Nachfrage umsetzen kann.“ (BMAS 2013, S. 23). Bis heute beschränken sich die Maßnahmen aber auf punktuelle Modellversuche und es ist zu befürchten, dass Versäumtes kaum noch nachzuholen ist. Dies wird noch deutlicher, wenn die Gruppe der Migranten besonders berücksichtigt wird.

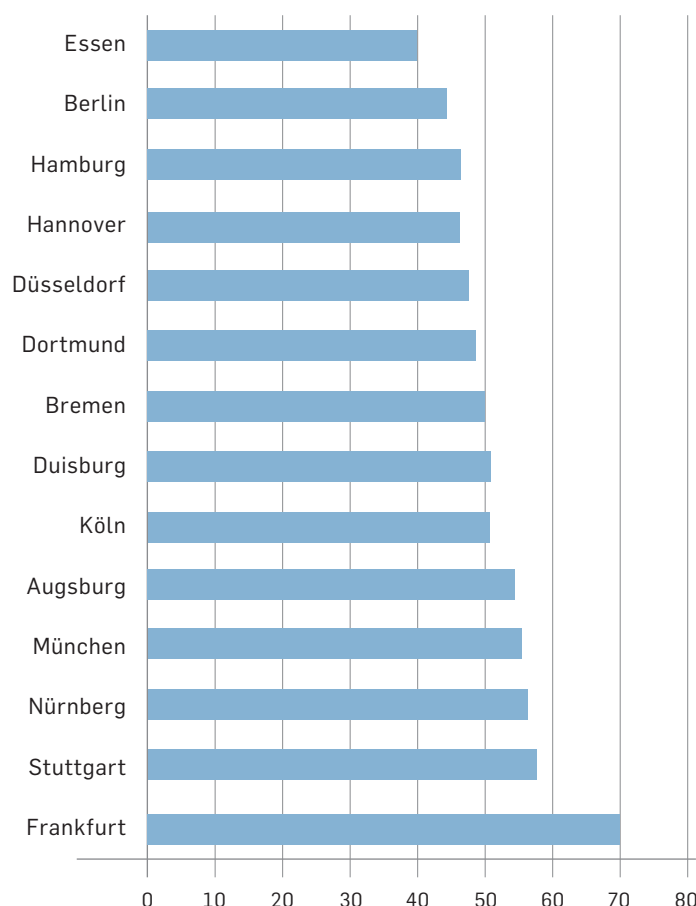
3. MIGRATION UND SEGREGATION

Die Gruppe der Migranten wird für die beschriebenen Entwicklungen deshalb von großer Bedeutung sein, weil unter den Kindern in Deutschland inzwischen ein Drittel einen Migrationshintergrund aufweist. Viele Verdichtungsräume haben eine zunehmend multikulturelle Bevölkerung – insbesondere in den westdeutschen Großstädten. Dort bildet die Bevölkerung mit Migrationshintergrund bereits häufig die

Mehrheit der Bevölkerung unter 18 Jahren (siehe Abb. 3). Der Anteil der Kinder im Vor- und Grundschulalter mit Migrationsstatus ist noch höher als in der gesamten Altersgruppe. Zum Vergleich sei auf die ostdeutschen Flächenländer verwiesen, in denen der Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren mit Migrationsstatus nur 8% beträgt (2011).

Kinder mit Migrationshintergrund konzentrieren sich durch ihre insgesamt benachteiligte sozioökonomische Familiensituation in den Stadtteilen der Großstädte mit günstigen Mieten. An den Schulen ergeben sich in diesen Stadtteilen dadurch erschwerte Lernbedingungen, die sich noch verstärken, wenn Eltern von Kindern ohne Migrationshintergrund Wege finden, ihre Kinder andere, weniger belastete Schulen (auch Privatschulen) besuchen zu lassen. In mehre-

ABBILDUNG 3: Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahren mit Migrationsstatus in ausgewählten Großstädten 2011 in %



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder - Bevölkerung nach Migrationsstatus regional 2011, eigene Berechnungen

ren Studien wurde in den letzten Jahren nachgewiesen, dass die migrationsspezifische Segregation der Grundschüler in Großstädten teilweise deutlich über den Unterschieden der räumlichen Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt (s. z. B. Morris-Lange/Wendt/Wohlfarth 2013). In der Sekundarstufe I konzentrieren sich die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in den Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen und an den Hauptschulen. Durch diese Schulwahlprozesse werden Integrationsbemühungen erschwert, weil sich die Schülerzusammensetzungen auf die Leistungsentwicklung der einzelnen Schülerinnen und Schüler auswirken (Dumont u. a. 2013).

Von dem Erfolg der Bemühungen um verbesserte Bildungschancen von Migranten wird es entscheidend abhängen, ob es gelingen wird, die Bildungsbeteiligung weiter zu erhöhen und den Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten und schließlich der qualifizierten Berufstätigen an der Bevölkerung weiter zu steigern.

4. FAZIT

Fasst man die genannten Überlegungen zusammen, dann ist die Bedrohung von Schulstandorten in ländlichen Regionen nur die eine Seite der Medaille des demografischen Wandels. Die größere Herausforderung für das Schulwesen durch die demografische Entwicklung ergibt sich aus dem gesellschaftlichen Ersatz- und Zusatzbedarf an qualifizierten Arbeitskräften, der nur befriedigt werden kann, wenn sich die Bildungsbeteiligung und damit das allgemeine Bildungsniveau weiter erhöhen. Um diese Aufgabe zu bewältigen ist es aber angesichts des steigenden Anteils von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund notwendig, die Bemühungen zur Förderung dieser Schülergruppe zu verstärken. Dazu ist es erforderlich, den zunehmenden sozialen und ethnischen Segregationsprozessen im Elementar- und Schulbereich entschiedener zu begegnen. Außerdem sind Maßnahmen zur nachholenden Qualifizierung von Erwachsenen ohne Berufsausbildung vordringlich, für die teilweise erst die institutionellen Voraussetzungen zu schaffen sind, weil die Weiterbildungseinrichtungen allein mit dieser Aufgabe über-

fordert sind. Für diese Aufgabe wäre es wichtig, die Stellung der beruflichen Schulen (vor allem auch im ländlichen Raum) zu stärken.

Die großen regionalen Unterschiede der demografischen Entwicklung führen auch zu regional unterschiedlichen Herausforderungen: In ländlichen Regionen mit schrumpfender Bevölkerung sind Maßnahmen zur Sicherung einer regional angepassten Bildungsinfrastruktur notwendig, um auch die verbesserten Chancen für Schulabsolventen zu unterstützen, in der Herkunftsregion Beschäftigung zu finden (Bedeutung der beruflichen Schulen!).

In den Großstädten mit mehr Beschäftigten (am Arbeitsort) als Erwerbstätigen (am Wohnort) wird der Ersatz an qualifizierten Arbeitskräften erschwert. Wichtig sind die Verstärkung der Bildungsförderung von Migranten (auch über die Verminderung der Segregation im Bildungswesen), Ganztagsangebote, um die Bedingungen für Frauenerwerbstätigkeit zu verbessern und umfangreiche Bildungsprogramme für Unqualifizierte, um ihnen Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Die Städte in den altindustrialisierten Regionen Westdeutschlands haben nicht die Wirtschaftskraft, wie die eben beschriebenen Großstädte. Sie haben aber ähnliche soziale Probleme (und vermutlich verstärkt das Problem eines Überhangs an Unqualifizierten), benötigen zunächst aber die Finanzkraft, ihren Bürgern ähnliche Leistungen zu bieten, wie sie für andere westdeutsche Städte selbstverständlich sind. Erst dann können sie die notwendigen Maßnahmen gegen sozial benachteiligende Lebens- und Bildungssituationen ergreifen und als Städte wieder an Attraktivität gewinnen.

Die Konflikte zwischen Regionen mit unterschiedlichen Problemkonstellationen durch den demografischen Wandel werden zunehmen. Interessen der Bundes- und Landespolitik werden mit Entwicklungsinteressen von Großstädten und Landkreisen innerhalb der Länder kollidieren. Politische Handlungsstrategien sollten die unterschiedlichen Problemlagen berücksichtigen. Vor allem aber sollten die Verschränkungen von Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik stärker beachtet werden.

FUSSNOTEN

¹ Wenn die Personen mit Migrationshintergrund 2034 die gleiche Erwerbsbeteiligung erreichen würden, wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, dann erhöhte sich (ceteris paribus) die Zahl der Erwerbstätigen um 1,5 Millionen.

² Die Darstellung der Migranten beruht auf dem Bevölkerungsbestand Ende 2013 (Mikrozensususergebnisse) und berücksichtigt keine Zuwanderung, durch die der Anteil sich noch erhöhen würde.

LITERATUR

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, Bielefeld: W. Bertelsmann.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014): Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen, Bielefeld: Bertelsmann. (www.bildungsbericht.de)

BMAS (2013): Arbeitsmarktprognose 2030. Eine strategische Vorausschau auf die Entwicklung von Angebot und Nachfrage in Deutschland, Bonn: BMAS. (URL: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a756-arbeitsmarktprognose_2030.pdf?__blob=publicationFile)

Dumont, H., Neumann, M., Maaz, K. & Trautwein, U. (2013). Die Zusammensetzung der Schülerschaft als Einflussfaktor für Schulleistungen: Internationale und nationale Befunde. Psychologie in Erziehung und Unterricht, 60, 163-183.

Maier, T., Zika, G., Wolter, M. I., Kalinowski, M. & Helmrich, R. (2014). Engpässe im mittleren Qualifikationsbereich trotz erhöhter Zuwanderung. Aktuelle Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030 unter Berücksichtigung von Lohnentwicklungen und beruflicher Mobilität. BIBB-Report Heft 23

Morris-Lange, S., Wendt, H. & Wohlfarth, C. (2013). Segregation an deutschen Schulen. Ausmaß, Folgen und Handlungsempfehlungen für bessere Bildungschancen. (Sachverständigenrat der deutschen Stiftungen für Integration und Migration (SVR) – Forschungsbereich), Berlin: SVR. URL: http://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2013/07/SVR-FB_Studie-Bildungssegregation_Web.pdf (Stand: 22.1.2015)

Statistisches Bundesamt (2015): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Weishaupt, H. (2014). Berufliche Schulen im demografischen Wandel: Perspektiven für die strategische Weiterentwicklung. Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 2014 (2), 15-19.

DER AUTOR DIESER PUBLIKATION

Prof. i. R. Dr. Horst Weishaupt ist Rudolf-Carnap-Senior-Professor der Bergischen Universität Wuppertal und ehemaliger Leiter der Arbeitseinheit „Steuerung und Finanzierung des Bildungswesens“ am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF). Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören regionale Bildungsforschung, Schulentwicklungs- und Planungsfor- schung sowie Bildungsmonitoring.

IMPRESSUM

ISBN: 978-3-95861-254-9

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung 2015

Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

Abt. Studienförderung

Redaktion: Marei John-Ohnesorg, Marion Stichler

Gestaltung & Satz: minus Design, Berlin

DAS NETZWERK

Im Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung treffen sich bildungspolitische Akteure der Landes- und Bundesebene sowie Bildungsexperten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Anliegen des Netzwerks ist der offene und konstruktive Dialog mit dem Ziel, zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Bildungspolitik beizutragen. Das Netzwerk Bildung setzt sich für ganztägige Bildungseinrichtungen, frühe individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen ein.

Unsere Publikationen können Sie per e-mail nachbestellen bei: marion.stichler@fes.de

Digitale Versionen aller Publikationen: <http://www.fes.de/themen/bildungspolitik/index.php>

KONTAKT UND FEEDBACK

Marei John-Ohnesorg
Bildungs- und Hochschulpolitik
marei.john@fes.de